

Datum: 04.04.2019  
Medium: Passauer Neue Presse (PNP)  
Autor: Alexander Schmid

© 2019 PNP – Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung ohne vorherige Rücksprache ist verboten.

## Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen Museums-Chef ein



Der Landshuter Museums-Chef Dr. Franz Niehoff. –Foto: PNP

Die Staatsanwaltschaft in Landshut hat die Ermittlungen gegen den Leiter der Landshuter Museen, Dr. Franz Niehoff, wegen angeblicher Untreue eingestellt. Das bestätigte am Donnerstag die Stadt Landshut auf Anfrage. Niehoff war angezeigt worden, weil er für eine gekaperte Web-Adresse städtische Mittel genutzt haben soll. Hintergrund ist der Ärger mit dem Verein "Freundeskreis Fritz Koenig e. V." Es ging um 250 Euro.

Um den Freundeskreis Fritz-Koenig e. V. zu ärgern, hatte Niehoff unter anderem die Web-Adresse [www.freundeskreis-fritz-koenig.de](http://www.freundeskreis-fritz-koenig.de) für die Museen der Stadt Landshut reserviert und dem Verein weggeschnappt. Der Verein und Niehoff liegen im Clinch. Kritisch sehen die Koenig-Freunde vor allem, dass das Skulpturenmuseum nach dem Tod des Künstlers in die Städtischen Museen eingegliedert und damit Niehoff unterstellt wurde. Damit verbunden war auch eine

heikle Personalie: Niehoff ist damit auch der Vorgesetzte der bisherigen Leiterin des Skulpturenmuseums, Stefanje Weinmayr. Die wiederum hatte die Stadt verklagt, weil sie Niehoff nicht als Vorgesetzten akzeptieren wollte. Mit der Klage war sie vor dem Arbeitsgericht in Landshut gescheitert.

Der "Freundeskreis Fritz Koenig" wiederum, der hinter Weinmayr steht, war auf Initiative von Dr. Wolfgang Conrad nach dem Tod des Bildhauers im Februar 2017 ins Leben gerufen worden. Der Grund: Unmut der Gründungsmitglieder über den in ihren Augen nicht angemessenen Umgang mit Koenigs Vermächtnis durch Niehoff und natürlich der Fall Weinmayr. Die Süddeutsche Zeitung zitiert Conrad im Zusammenhang mit der Vereinsgründung, dass die auch passiert sei, um an Niehoffs "Stuhl zu sägen".

Niehoff wiederum revanchierte sich für die öffentlichen Attacken des Vereins mit dem "Cybersquatting", dem Besetzen der Internetdomäne. Weil der Auftrag im Wert von 250 Euro für die Registrierung der Domain an eine Agentur von Niehoffs Dienst-Email-Adresse ausging und der Stadt eine Rechnung in Höhe von 250 Euro gestellt wurde, gab es eine Anzeige. Allerdings ist der Stadt kein finanzieller Schaden entstanden, weil die Rechnung von der Agentur storniert wurde. Die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren wegen Untreue ein. In Landshut hatte der Vorgang vor allem im Stadtrat für Wirbel gesorgt.